

Lage in den befreundeten Parteien

2. November 1989

Information Nr. 487/89 über einige Aspekte der aktuellen politischen Lage in den befreundeten Parteien

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3750, Bl. 14–21 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Krenz, KGB Karlshorst (»AG«) – MfS: Mittag, Leiter HA XX, HA XX/1, Carlsohn, Tannhäuser (ZAIG), Ablage (vernichtet am 7.11.1989).

Vermerk

Auf dem Deckblatt handschriftlicher Vermerk von Erich Mielke: »Nur ein Exemplar gefertigt!« – Die Worte im Titel der Information »befreundete Parteien« wurden handschriftlich eingekreist. Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Bemerkungen

Handschriftliche Unterstreichungen und Markierungen (siehe Fußnoten).

Verweis

Information [483/89](#).

Dem MfS vorliegenden internen Hinweisen zufolge werden die Ergebnisse der 9. Tagung des ZK der SED von den Vorsitzenden und leitenden Funktionären der befreundeten Parteien grundsätzlich begrüßt.¹

Übereinstimmend wurde die Auffassung vertreten, dass die inhaltlichen Orientierungen des Genossen Erich *Honecker*² während der Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien am 13. Oktober 1989 durch die Ereignisse der letzten Wochen überholt und weitestgehend bedeutungslos geworden sind.³

Die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon *Krenz*,⁴ vom 18. Oktober 1989 wird akzeptiert und als Grundlage auch der politischen Arbeit der befreundeten Parteien angesehen.⁵ Es wird erwartet, dass der in den letzten Wochen zugenommene Druck auf die Parteiführungen durch die Parteibasis jetzt nachlassen könnte, weil in der Erklärung eindeutige Aussagen für die Gestaltung des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften mit dem Ziel, anstehende dringende gesellschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen, enthalten sind.⁶ Die bereits am 18. Oktober 1989 stattgefundene Sitzung des Demokratischen Blocks⁷ wurde von den Teilnehmern der befreundeten Parteien als sehr angenehm empfunden, weil seitens der SED damit deutlich gemacht worden sei, dass sie künftig über wesentliche Entscheidungen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wieder unverzüglich die Mitglieder des Demokratischen Blocks informieren wird.⁸ Damit würden alte, bewährte Traditionen wiederbelebt. Hervorgehoben wurde auch die lockere Atmosphäre des Treffens mit dem Generalsekretär des ZK der SED.⁹

Streng intern wurde bekannt, dass sich im Zusammenhang mit den Ergebnissen der 9. Tagung des ZK der SED führende Funktionäre der befreundeten Parteien über Verhaltensweisen und Auftreten des Vorsitzenden der LDPD, Prof. Dr. *Gerlach*,¹⁰ in jüngster Zeit äußerten.¹¹ So wird einerseits die Auffassung vertreten, seine vor der ZK-Tagung in der Öffentlichkeit gestellten Forderungen nach politischen Veränderungen in der DDR seien offensichtlich ohne Abstimmung mit der SED erfolgt und haben zu politischer Unruhe in den Parteien geführt,¹² wogegen man jetzt ankämpfen müsse.¹³ Andererseits wird zum Ausdruck gebracht, Prof. Dr. *Gerlach* habe von den bevorstehenden personellen Veränderungen in der Parteiführung gewusst, nur so sei seine Erklärung im Fernsehen der DDR am 17. Oktober 1989¹⁴ zu verstehen, wo er betont hätte, dass Veränderungen in der DDR schon morgen oder übermorgen notwendig seien.¹ Hierfür spreche auch das auffällige vertraute Verhältnis zwischen Prof. Dr. *Gerlach* und dem Generalsekretär des ZK der SED während der Sitzung des Demokratischen Blocks am 18. Oktober 1989, insbesondere jedoch die inhaltliche Übereinstimmung von in der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der SED erhobenen Forderungen mit den seit längerer Zeit von Prof. Dr. *Gerlach* betonten politischen Notwendigkeiten.¹⁶

Am 17. Oktober 1989 hatte Prof. Dr. *Gerlach* auf der erweiterten Beratung des Politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD die Erklärung des Politbüros des ZK der SED als einen Schritt in die richtige Richtung charakterisiert, dem schnell viele weitere Schritte folgen müssten. Er hatte auf dieser Beratung nochmals seine bekannten prinzipiellen Positionen deutlich gemacht, die seiner Meinung nach auch nach der 9. Tagung des ZK der SED volle Gültigkeit behielten. Prof. Dr. *Gerlach* fühlt sich in seiner Politik bestätigt, brachte zum Ausdruck, dass jetzt die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit mit der SED bestünden, forderte in diesem Zusammenhang aber auch die Offenlegung der Ursachen für die gegenwärtige Situation in der DDR, denn man könne sich nicht nur mit der Zukunft beschäftigen. In der DDR habe es zweifellos eine Stagnation, eine Zeit der Führungs- und Sprachlosigkeit gegeben. Das bisherige Fehlverhalten der Parteiführung wäre immer weiter eskaliert, es habe einen Vertrauens- und Autoritätsschwund in der Bevölkerung gegeben, sodass die DDR jetzt am Rande unkontrollierbarer Entwicklungen stünde. In dieser Situation dürfe keinesfalls bis zum XII. Parteitag der SED mit grundlegenden Entscheidungen gewartet werden.¹⁷ Es bestünde das dringende Erfordernis, weitere Zusammenkünfte mit den Vorsitzenden der Blockparteien durchzuführen, um alle von der SED geplanten Vorhaben gemeinsam zu beraten.

Da die Gefahr bestünde, dass unter neuen Formen nur eine alte Politik getarnt werde, müsste die LDPD alles tun, was zur Sicherheit der DDR beitrüge.¹⁸

Nach Auffassung Prof. Dr. *Gerlachs*, und da wisse er sich einig mit der Mitgliedschaft der LDPD, könne eine neue Politik nur mit neuen Leuten gemacht werden. Nicht der Sozialismus stehe zur Disposition, sondern die bisherige Regierungspolitik.¹⁹ Es seien gesellschaftliche Strukturen entstanden, die das Leben in der DDR erstickten. Kühne Vorschläge mit großer Spannweite und Tiefe seien erforderlich. Gerade hier sei die LDPD gefordert und müsse dabei das gewonnene Vertrauenskapital ihrer Mitglieder nutzen. Es sei an der Zeit, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften zu führen und Kontakte lediglich zu solchen Kräften abzulehnen, die staatsfeindlich auftreten. Dies träfe jedoch nicht für das »*Neue Forum*«²⁰ zu, da 50 % dessen Forderungen auch von der LDPD unterschrieben werden könnten. Auch unter dem Aspekt des großen Zulaufes zum »*Neuen Forum*« und der Wahrscheinlichkeit, dass es staatlicherseits genehmigt wird, sei der Dialog mit dieser Bewegung unbedingt notwendig. Es gebe aber bisher keine Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem »*Neuen Forum*«, weil es nicht Mitglied der Nationalen Front²¹ sei. Deshalb käme es jetzt darauf an, sich im Demokratischen Block zu verständigen, wer mit wem spricht. Dies sei eine der ersten Fragen, die in einer der nächsten Sitzungen des Demokratischen Blocks beraten werden müsste.

Bezogen auf die aktuelle politische Lage in der CDU wurde streng intern bekannt, dass es massive Bestrebungen von Mitgliedern und Funktionären der Partei auf allen Ebenen gibt, den Parteivorsitzenden *Götting*²² von seiner Funktion abzulösen. Es besteht die Auffassung, dass *Götting* nicht in der Lage sei, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Ihm würden die erforderlichen wissenschaftlich-theoretischen und organisatorischen Fähigkeiten für die jetzt notwendige neue Qualität der Führungstätigkeit fehlen; er leiste Widerstand gegen alle Reformbestrebungen in der Partei²³ (siehe auch die Information des MfS Nr. 483/89 vom 26. Oktober 1989 über einige aktuell beachtenswerte Aspekte zur Lage in der CDU).

Beachtenswert ist, dass es nach wie vor Aktivitäten insbesondere von Funktionären aus Bezirks- und Kreisorganisationen der CDU gibt, noch vor dem XII. Parteitag der SED bis spätestens März 1990 einen Sonderparteitag der CDU einzuberufen. Auf diesem soll der Rahmen für eine tatsächlich eigenständige Politik der CDU im Zusammenwirken mit den anderen Parteien im Demokratischen Block abgesteckt werden.

Streng internen Einzelinformationen zufolge wird von Einzelnen der genannten Funktionäre angestrebt, in Umsetzung einer zu beschließenden neuen Strategie der Partei das kritische Potenzial der evangelischen Kirche in die CDU einzubringen und durch sie zu nutzen. Von diesen Kräften gibt es auch Überlegungen, das Potenzial des »*Neuen Forums*« durch einen breiten gesellschaftlichen Dialog für die Politik der CDU zu erschließen.

In diesem Zusammenhang ist beachtenswert, dass unter Mitgliedern der CDU – ebenso auch der LDPD – in breitem Umfang eine Identifizierung mit den Zielen und Forderungen des »*Neuen Forums*« erfolgt.

Es liegen zahlreiche Hinweise vor, wonach Mitglieder und Funktionäre an der Basis in einem Zusammengehen mit dem » *Neuen Forum*« Möglichkeiten sehen, sich gegenüber der SED stärker zu profilieren, die von ihnen angestrebte Eigenständigkeit nachhaltig zur Geltung zu bringen.

Der Vorsitzende der NDPD, Prof. Dr. *Homann*,²⁴ brachte im Ergebnis der 9. Tagung des ZK der SED zum Ausdruck, er sehe unter den gegebenen Bedingungen reale Chancen, im Konsens mit den Vorsitzenden der anderen Parteien die Zusammenarbeit im Demokratischen Block durch²⁵ inhaltliche Belebung und konstruktive Beratung bedeutender Entscheidungen zu forcieren. Intern wurde bekannt, dass der Einfluss der Persönlichkeit Prof. Dr. *Homanns* gegenüber den Mitgliedern des Hauptausschusses nach wie vor vorhanden ist, sich jedoch innerhalb der Parteiführung erste Auswirkungen des von der Parteibasis ausgehenden Druckes zur weiteren Profilierung der Parteipolitik zeigen. So trat z. B. der Direktor der Parteischule der NDPD, *Lonscher*,²⁶ auf der Sitzung des Präsidiums der NDPD am 17. Oktober 1989 kritisch gegen den vom stellvertretenden Parteivorsitzenden *Hartmann*²⁷ erarbeiteten Bericht über die politische Lage in der Partei auf. Er zweifelte die gegebene Lageeinschätzung an und brachte zum Ausdruck, es gebe unter Mitgliedern der NDPD zunehmend Zweifel an der führenden Rolle der SED und auch der Führungsfähigkeit der gegenwärtigen Parteiführung der NDPD, die zu gesellschaftspolitischen Fragen kaum Stellung beziehe. Diese Aussagen *Lonschers*, die er mit entsprechenden Auffassungen von Lehrgangsteilnehmern an der Parteischule untermauerte, blieben während der Präsidiumssitzung unwidersprochen.

Internen Hinweisen zufolge werden seit geraumer Zeit seitens der Parteibasis zunehmend Schreiben an die Parteiführung mit Fragen, Vorschlägen und Erwartungen zur Gestaltung der Parteipolitik gerichtet. Darin enthaltene Forderungen zielen insbesondere auf eine bessere Führungstätigkeit, vor allem durch den Hauptausschuss, sowie eine deutlichere Sichtbarmachung der Wirksamkeit der NDPD als Blockpartei in der Öffentlichkeit. Hier einzuordnen sind auch kritische Stimmen, die von einer politischen Sprachlosigkeit der Parteiführung der NDPD sprechen und in diesem Zusammenhang Forderungen nach Rücktritt Prof. Dr. *Homanns* von der Funktion des Parteivorsitzenden stellen.

Ausdruck der Unzufriedenheit von Teilen der Mitgliedschaft mit der Politik der Partei sind zahlreiche Austritte aus der NDPD (allein im Oktober 1989 – 300 Mitglieder).²⁸

Im Ergebnis der 9. Tagung des ZK der SED wird der Parteivorstand der DBD durch Meinungsäußerungen und Forderungen aus der Parteibasis zunehmend aufgefordert, konkret und offensiv zu gesellschaftlichen Problemen Stellung zu nehmen und entsprechend der spezifischen Verantwortung der DBD Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die sich verändernde politische Lage in der DBD fand ihren sichtbaren Ausdruck auch in der Fraktionssitzung der Partei im Zusammenhang mit der X. Tagung der Volkskammer der DDR,²⁹ in der nach vorliegenden internen Informationen kontroverse Diskussionen in einer hektischen Atmosphäre über den Wahlvorschlag der SED geführt wurden.

Gegenwärtig zeigt sich, dass die bisherigen Appelle der Parteiführung der DBD zu immer besserer Arbeit ihrer Mitglieder in der Landwirtschaft als nicht ausreichend betrachtet werden.

Es wird auch kritisch bewertet, dass die Parteiführung ihre Verantwortung für die entstandene gesellschaftliche Situation bisher ungenügend ausgedrückt hat, ohne jedoch personelle Veränderungen zu fordern. Nach vorliegenden internen Hinweisen ist der Prozess der Bestimmung der eigenen Position in der DBD-Führung noch nicht abgeschlossen.

Die Erwartungshaltungen vieler Mitglieder der DBD zur aktiven Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse umfassen auch eine stärkere Präsenz ihrer Partei in staatlichen Führungsfunktionen auf allen Ebenen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Es besteht die Auffassung, dass die SED hier in überzogener Weise die entscheidenden Positionen besetzt habe.

Hier einzuordnen sind auch vereinzelte Forderungen nach Besetzung des Postens des Ministers für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft durch ein DBD-Mitglied.

Positiv bewertet wurde von der Parteibasis der Vorschlag der DBD, in der Volkskammer einen Ausschuss für Umweltschutz zu bilden. Derartige konkrete Vorschläge stärken das politische Selbstbewusstsein der DBD-Mitglieder, mit eigenständigen Beiträgen gesellschaftliche Veränderungen mitzugestalten.

In der Diskussion an der Parteibasis der DBD nehmen ferner die Probleme des täglichen Ringens um die Erreichung der Produktionsziele in der Land- und Forstwirtschaft einen breiten Raum ein. Vorherrschend sind dabei kritische Wertungen über die Produktionsbedingungen, insbesondere Qualität und Zustand der Gebäude und Anlagen sowie der Technik. Wesentlich bestimmt wird die Diskussion durch die sich auch in der Landwirtschaft als echtes Hemmnis erweisende mangelhafte Ersatzteilversorgung. Dabei nehmen die Auffassungen zu, wonach die Arbeiterklasse ihren Bündnisbeitrag gegenüber der Klasse der Genossenschaftsbauern ungenügend erfüllt. Die SED müsste nach Auffassung von DBD-Mitgliedern in Wahrnehmung ihrer führenden Rolle in der Gesellschaft für eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft Sorge tragen und Disproportionen nicht zulassen, die zu Störungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses führen.

Die Information ist wegen äußerster Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Mitglieder des Politbüros Günter Mittag und Joachim Herrmann von ihren Funktionen entbunden und Egon Krenz zum neuen Generalsekretär der SED gewählt.

2

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates, am 18.10.1989 Rücktritt von allen Ämtern, am 3.12.1989 Ausschluss aus der SED.

3

Am 13.10.1989 empfing Erich Honecker die Vorsitzenden der Blockparteien Günther Maleuda (DBD), Gerald Götting (CDU), Manfred Gerlach (LDPD) und Heinrich Homann (NDPD) sowie den Vorsitzenden der Nationalen Front Lothar Kolditz. Begleitet von Günter Mittag und Joachim Herrmann erläuterte Honecker die Erklärung des SED-Politbüros vom 11.10.1989 (ND v. 12.10.1989, S. 1), in der sich die SED-Führung zu einem Dialog mit der Bevölkerung bereit erklärte. Eine weitergehende inhaltliche Auseinandersetzung fand aber nicht statt. Vgl. Im festen Bündnis lösen wir die Aufgaben mit dem Volk für das Volk. In: ND v. 14./15.10.1989, S. 1.

4

Egon Krenz, Jg. 1937, SED-Funktionär, 1971–90 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1983–89 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, im Mai 1989 Leiter der Zentralen Wahlkommission, 18.10. bis 3.12.1989 Generalsekretär des ZK der SED, 24.10. bis 6.12.1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

5

Gemeint ist die erste Rede von Egon Krenz als Generalsekretär der SED, die am 18.10.1989 im Fernsehen der DDR ausgestrahlt wurde. Krenz räumte darin u. a. ein, dass die SED Probleme nicht rechtzeitig erkannt habe und die Flucht Hunderttausender Bürger einen großen Verlust bedeute. Der neue Generalsekretär kündigte einen »ernst gemeinten Dialog« mit gesellschaftlichen Gruppen und die Einleitung einer politischen »Wende« an. Die Rede ist abgedruckt in: ND v. 19.10.1989, S. 1.

6

In diesem Absatz Textstelle zwischen »wird akzeptiert« bis »nachlassen könnte« handschriftlich unterstrichen und am linken Rand mit einem »X« markiert.

7

Im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« schlossen sich im Juli 1945 die damals in der SBZ zugelassenen Parteien KPD, SPD, LDPD und CDU zusammen. DBD und NDPD traten nach ihrer Gründung 1948 ebenfalls dem Block bei, ebenso die Massenorganisationen Kulturbund, FDGB, DFD und FDJ. Der 1949 in »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« umbenannte Zusammenschluss war Ausdruck der Bündnispolitik der SED, die ihn spätestens seit 1948 dominierte; Beschlüsse wurden grundsätzlich einstimmig gefällt. Nach der Gründung der DDR verlor der Demokratische Block gegenüber der Nationalen Front zunehmend an Bedeutung.

8

Am 18.10.1989 trat der Demokratische Block unter Vorsitz der SED in Ostberlin zusammen. Egon Krenz informierte die Vorsitzenden der Parteien DBD, CDU, LDPD, NDPD sowie der Massenorganisationen FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, VdGB und Nationale Front über die Ergebnisse der vorangegangenen ZK-Sitzung, in der Honecker abgesetzt und Krenz zum Generalsekretär gewählt worden war.

9

In diesem Absatz der erste Satz ab »weil seitens« handschriftlich unterstrichen und letzter Satz am linken Rand mit mehrfachen Anstreichungen markiert.

10

Manfred Gerlach, Jg. 1928, LDPD-Funktionär, 1967–90 LDPD-Vorsitzender, 1960–89 stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, Dezember 1989 bis April 1990 letzter Staatsratsvorsitzender der DDR.

11

Satzteil »Prof. Dr. Gerlach, in jüngster Zeit äußerten« handschriftlich unterstrichen.

12

Vorstehender Satzteil ab »offensichtlich« handschriftlich unterstrichen.

13

Als Reaktion auf innerparteilichen Druck veranlasste Manfred Gerlach ab September 1989 die Veröffentlichung kritischer Zuschriften von Parteimitgliedern im LDPD-Organ »Der Morgen«, in denen die Führungsrolle der SED teils offen infrage gestellt wurde. Gleichzeitig distanzierte sich Gerlach in seinen Reden zunehmend von der Reformunwilligkeit der SED.

14

Gerlach sprach am 17.10.1989 nach Beratungsgesprächen mit Führungsgremien anderer Blockparteien in der Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« über die Notwendigkeit schneller Reformen und den Dialog aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Das Interview findet sich im Deutschen Rundfunkarchiv, Bestellnummer 048791.

15

Vorstehender Satz ab »Prof. Dr. Gerlach« handschriftlich unterstrichen.

16

Letzter Satz am linken Rand mit mehrfachen Anstreichungen handschriftlich markiert.

17

Der XII. Parteitag der SED sollte regulär im Jahr 1991 stattfinden. Aufgrund der angespannten ökonomischen und gesellschaftlichen Lage zog die 7. Tagung des ZK der SED im Dezember 1988 den Parteitag auf Mitte Mai 1990 vor. Auf Druck der Parteibasis wurde am 12. November ein außerordentlicher Parteitag für den 8./9.12.1989 einberufen. Auf dem Sonderparteitag entschieden die Delegierten nach kontroverser Debatte, die SED nicht aufzulösen, den Namen SED-PDS anzunehmen und sich ein neues Parteistatut zu geben. Gregor Gysi wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

18

Satz handschriftlich unterstrichen.

19

Satz handschriftlich unterstrichen.

20

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsaufruf unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsaufruf der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

21

Die 1949 gegründete »Nationale Front der DDR« war ein Zusammenschluss aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED. Sie war insbesondere mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen befasst und stellte die Kandidatenlisten auf.

22

Gerald Götting, Jg. 1923, CDU-Funktionär, 1966–45 Vorsitzender der CDU in der DDR, 1960–89 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates, trat am 2.11.1989 als CDU-Vorsitzender zurück.

23

Absatz bis zu dieser Stelle handschriftlich unterstrichen.

24

Heinrich Homann, Jg. 1911, NDPD-Funktionär, 1972–89 Vorsitzender der NDPD, 1960–86 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates.

25

Satz ab »im Konsens« bis zu dieser Stelle handschriftlich unterstrichen.

26

Erhard Lonscher, Jg. 1925, NDPD-Funktionär, 1973–89 Mitglied des Sekretariats des Hauptausschusses der NDPD, 1985–90 Direktor der Zentralen Parteischule der NDPD.

27

Günter Hartmann, Jg. 1930, NDPD-Funktionär, 1978–90 Abgeordneter der Volkskammer, 1986–90 Vorsitzender der NDPD-Fraktion in der Volkskammer, 1987–89 stellvertretender Parteivorsitzender, 2.11.1989 bis 20.1.1990 Vorsitzender der NDPD, Dezember 1989 Teilnahme am Zentralen Runden Tisch.

28

Absatz am rechten Rand mit horizontalen Anstreichungen handschriftlich markiert.

29

Auf der 10. Tagung der 9. Volkskammer wurden Erich Honecker und Günter Mittag von ihren Ämtern als Vorsitzender bzw. stellv. Vorsitzender des Staatsrates abberufen. Die SED-Fraktion schlug als größte Fraktion der Volkskammer Egon Krenz als neues Staatsoberhaupt vor, der mit 26 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen gewählt wurde.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.